

Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postfach Dresden 2640



Erhalten Sie auf weiteren nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei
Einschaltung 1. die Woche v. 14.—20. 10. 5000000 Mk., durch unsere Auftraggeber eingetragen in der Stadt 5000000 Mk.
auf dem Lande 5000000 Mk., durch die Post monatlich einbringend. Die Postämter und Postboten sowie
andere Empfänger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung über Rücksicht des Bestellers.

Anzeigenpreis für die 6 Spalten Raumteile 100 Mk., mal Wochen-Schließelgebi (Woche v. 14.—20. 10. 5000000)
Hauptzeile 250 Mk., mal Wochen-Schließelgebi, amliche Anzeigen, die Tagesblätter 200 Mk., mal
Wochen-Schließelgebi, Nachweilungs-Oberteil 100 Mk., mal Wochen-Schließelgebi. Anzeigenannahme bis vermittels
10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nach-
antrag erfolgt, wenn der Betrag durch Nachtrag eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Restpost gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen.

Nr. 123 — 1923 — 82. Jahrgang.

Sonnabend / Sonntag 20. / 21. Oktober

Zum 18. Oktober.

(Rück Erinnerung.)

Franzmann, der du siegestroch
Eihest noch in Essen —
Hast du gänzlich Waterloo
Und Sedan vergessen?

Franzmann, weißt du wirklich nicht,
Wie vor hundert Jahren
Dich ein Gottesstrafgericht
Treiben ließ zu Paaren?

Franzmann, Franzmann, nur gemacht,
Hochmut läßt sich brechen.
Die uns angetane Schmach
Wird sich einstmals rächen!

W., 18. 10. 23.

P. 8.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der französische Ministerpräsident Poincaré lehnte alle durch den deutschen Geschäftsträger übermittelten Verhandlungsvorschläge der Reichsregierung ab.

Post- und Eisenbahnbeamte im Ruhrgebiet haben im größtem Umfange die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streit zwischen Militär- und Zivilgewalt in Sachsen hat sich derart zugespitzt, daß sich der Militärbefehlshaber an die Reichsregierung wandte.

Am dem Militärgefängnis in Recklinghausen wurden Reichsbankdirektor Jura und zwei Reichsbankassistenten entlassen, die seit dem 4. August in Haft waren.

In der Berliner Donnerstagsbörse stieg der Dollar wieder bis über 8 Milliarden Mark.

Im Kreis der Vernichtung.

Der Index ist eine grausame Zahl. Wenn man sich auch darüber klar sein muß, daß die Statistik, die alle die verschiedenen Indizes bearbeitet, nur ein zusammenfassendes, ein Durchschnittsbild geben kann, das häufig genug von der Wirklichkeit schon überholt ist, so sind doch schon die Zahlen, die er zeigt, grausame Wirklichkeit genug, um unseres Elends ganze Tiefe zu zeigen. Volkswirtschaftlich verhängnisvoll ist aber, daß, wie der neueste Großhandelsindex zeigt, die Großhandelspreise schneller steigen als der Dollar. Vergleicht man den Goldstand der Großhandelsindexziffer von 1913 mit der vorletzten Großhandelsindexziffer, so betrug diese, wenn man die von 1913 mit 100 ansieht, schon 107 % und die letzte gar 112 %. Das ist das 109 Millionenfache des Friedensstandes. Ebenso ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, also für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung gegenüber der Vorwoche auf das 692 Millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen, und zwar — das ist das Nieberschmetternde — um 534 % gegenüber der Vorwoche, während der Dollar in dieser Zeit sich nicht auf die fünffache Höhe erhob.

So erklären sich die Ausbrüche der Verzweiflung, die Änderungen der hungernden Massen, deren Einkommen in keiner Weise dieser schmerzhaften Steigerung folgen, einer Steigerung, deren Schrecklichkeit und deren Ende in keiner Weise abzusehen sind. Wenn das Reich in diesem Augenblick auf die Kohlensteuer verzichtet, so ist die dadurch erfolgte Preiserhöhung durch die Steigerung der Fracht ebenso wie durch die Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Brotes, mehr wie weitgemacht. Damit werden selbstverständlich auch neue Lohnforderungen mehr wie begründet erscheinen, die sich wieder als Steigerung der Produktionskosten äußern. Wir bewegen uns in einem Kreis, einem furchtbar verhängnisvollen Kreis, einem Kreis der Vernichtung, aus dem ein Herausbrechen unmöglich erscheint.

Wie es aber doch möglich sein kann, darauf deutet jenes fast erschütternd klingende, aber doch wahre Wort: „Das deutsche Volk verhungert bei vollen Schauern.“ Mehr noch, das deutsche Volk kann sich nichts von den reichen Vortäten kaufen, die unsere Läden bergen; ängstlich versteckt der Kaufmann seine Ware. Nicht nur Steigerung der Produktion heißt das selbstverständliche Problem der Gegenwart, es heißt auch: Überwindung der Verteilungsfrage.

Das Mittel der Verteilung aller produzierten Güter, das Instrument, mit dem diese an die Stellen des Bedarfs verteilt werden, ist das Geld. Ein Geld selbstverständlich aber nur, das für diesen Zweck geeignet, dem, um das Bild zu Ende zu ziehen, bei der Hinderschaffung der Produktion noch jenen Stellen der Atem ausweht. Die Dollarschwarzweisungen, die Devisen, die Goldanleihe — alle diese Erlösquellen für das den Atem verkerende Papiergeld sind nur kleinen Kreisen zugänglich, können nur von den mit großen Mengen arbeitenden Produzenten und Verteilern benutzt werden. Aber nicht von der großen Masse. In dem Plan der neuen Rentenbank ist die Papiermark, die als Zahlungsmittel eben unbrauchbar ist, wieder zum gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht worden, und sie wird bleiben, was

Einigkeit Müller—Geßler—Strefemann—Ebert!

Die Vorgänge in Dresden und Leipzig (Leipziger Rede des Finanzministers Böttcher und Dedung Böttchers durch die sächsische Regierung) haben den Befehlshaber des Bezirks IV veranlaßt, weitere Instruktionen für sein Verhalten, von Berlin zu erbitten. Von zuständiger Seite erfahren die Dresdner Nachrichten aus Berlin, daß der Schritt des Generals in vollem Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgte. Gestern nachmittag trat das Reichskabinett zusammen, um zu den Vorgängen in Sachsen Stellung zu nehmen. Da der gestrige Brief des Generalleutnants Müller an Dr. Zeigner im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgte und Dr. Zeigner innerhalb der geforderten Frist diesen Brief nicht beantwortete, ist nunmehr für das Reichskabinett der Augenblick gekommen, weitere Maßnahmen gegen die sächsische Regierung vorzubereiten. Um eine Verständigung zu erzielen, sind heute die sozialdemokratischen Parteiführer Hermann Müller und Otto Wels auch vom Reichspräsidenten empfangen worden.

Der „Vorwärts“ vermittelt.

In seiner gestrigen Ausgabe schreibt er: In Sachsen seien die Möglichkeiten einer Verständigung durchaus gegeben. Das Reich müsse jedoch zeigen, daß es die Verständigung wolle. Es dürfe einem militärischen Befehlshaber nicht gestatten, alle Möglichkeiten mit ihr zu verschütten. Mit einem Vorgehen gegen Sachsen erreiche man, daß sich mit jedem Tage die Zahl der Sozialdemokraten vermehre, die sich fragten, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Reichsregierung möglich sein werde.

Droht der Generalfreik?

Das WIV, meldet aus Berlin: Die erweiterten Ortsverwaltungen sämtlicher freizewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen von Groß-Berlin beschließen sich gestern u. a. mit der Lage in Sachsen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die für den Fall eines bevorstehenden Vorgehens gegen das sächsische und thüringische Proletariat die Proklamierung des Generalfreiks in Aussicht stellt.

Im Widerspruch mit dieser Meldung steht dagegen folgender

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Dresden, hat in seiner letzten Sitzung eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „In einem längeren Manifest rufen die Kommunisten die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, Kampstruppen für den Bürgerkrieg zu bilden. Sie fordern weiter den politischen Generalfreik. Wenn wir auch der Ueberzeugung sind, daß das Geschrei der Kommunisten nicht überhöht zu werden braucht, so glauben wir doch für Sachsen an ernste Ereignisse. Wir haben mit diesem Treiben nichts zu tun! Wir wollen keinen Bürger-

krieg! In Deutschlands schmachvollster Zeit, da der Feind auf heimatischem Boden steht, da wir alles dulden müssen, was fremde Gewalt uns diktiert, ist hemmungslöser Klassenkampf Wohnsinn und Verbrechen am wertvollsten Volke. Notwendig ist uns in dieser schicksalsschweren Zeit eine starke Regierung, die ohne Rücksicht auf der Parteien Haß und Gunst all ihr Tun und Handeln schöpft aus der Liebe zum deutschen Vaterlande. Staats-Bejahung und Opfer für das Reich sind das Gebot der Stunde! Zu einer Regierung, die in diesem Geiste arbeitet, werden wir stehen, was immer auch kommen mag. Mehr als unser eigenes Schicksal noch brennt das schmachvolle Schicksal unseres Volkes in unserer Seele. Wir stehen und fallen mit unserem Volke! Wir fordern in dieser ersten Stunde von der Reichsregierung rücksichtslosen Kampf gegen jeden organisierten Egoismus. Wir fordern als allererste Voraussetzung für Ruhe und Ordnung ein ehrliches Geld! Unsere Mitglieder fordern wir auf, treu zur Organisation zu stehen und nur deren Parole zu folgen. Im Zusammenschluß und gemeinschaftlichen Wollen lag das Geheimnis unseres Erfolges. Einheit des Willens, treue Kameradschaft soll uns auch in dieser schweren Zeit unüberwindlich machen!

Reichspräsident Ebert, der es bisher vorzüglich verstanden hat, allen Parteien gegenüber größte Sachlichkeit zu bewahren, stellt sich, wie nachfolgende Meldung beweist, erstmals in einen direkten Widerspruch mit seiner, der sozialdemokratischen Partei. Der vorgestrigte Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes über die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes ist durch den Abgeordneten Hermann Müller dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler mitgeteilt worden. Der Reichspräsident lehnte das Verlangen des Parteivorstandes ab.

Eine Mauferung des Reichspräsidenten?

Gelegentlich einer Sitzung im Stettiner Oberpräsidium, an der Vertreter des Magistrats, der Berufsstände, des Befehlshabers u. a. teilnahmen, führte der Direktor des Pommerschen Landbundes, von Demitz, aus: Ein brauchbares, werbeständiges Zahlungsmittel wird von Berlin noch lange nicht kommen. Wenn die Provinz Pommern ein werbeständiges Geld als Beibehaltung anbietet, so solle man es nicht aus Prinzip ablehnen. Das neuerschaffene Zahlungsmittel bestche in Anweisungen auf tatsächlich vorhandene Produkte und lasse sich gegen Papiermark erwerben. Von Seiten der Industrie belundete Dr. Gollnow, von Seiten des Magistrats Oberbürgermeister Dr. Udermann lebhaftige Zustimmung zum Projekt der Roggenanweisungen.

Roggen-Gutscheine in Pommern.

Gelegentlich einer Sitzung im Stettiner Oberpräsidium, an der Vertreter des Magistrats, der Berufsstände, des Befehlshabers u. a. teilnahmen, führte der Direktor des Pommerschen Landbundes, von Demitz, aus: Ein brauchbares, werbeständiges Zahlungsmittel wird von Berlin noch lange nicht kommen. Wenn die Provinz Pommern ein werbeständiges Geld als Beibehaltung anbietet, so solle man es nicht aus Prinzip ablehnen. Das neuerschaffene Zahlungsmittel bestche in Anweisungen auf tatsächlich vorhandene Produkte und lasse sich gegen Papiermark erwerben. Von Seiten der Industrie belundete Dr. Gollnow, von Seiten des Magistrats Oberbürgermeister Dr. Udermann lebhaftige Zustimmung zum Projekt der Roggenanweisungen.

Der Konflikt in Sachsen.

Offener Bruch zwischen Militär- und Zivilgewalt. Das im sächsischen Landtag verlesene und vom Ministerpräsidenten Dr. Zeigner abgezeichnete ultimative Verlangen des Generals Müller, gegen die Nebenbedingungen des kommunistischen Finanzministers Böttcher war, wie nachträglich bekannt wurde, im Einklang mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt. Nach Mitteilung des Reichswehrkommandos hat Ministerpräsident Dr. Zeigner gemäß seiner Aufklärung im Landtage das Ultimatum Müllers nicht beantwortet. Daran hat der Militärbefehlshaber an ihn folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Da Sie es für gut befinden haben, mein Schreiben nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreite habe. Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung Müller, Generalleutnant.“

Somit wird also die Reichsregierung vor schwere Entscheidungen gestellt, da gleichzeitlich von sozialdemokratischer Seite der sächsischen Regierung Unterstützung kommt. Das Zentralorgan, der Vorwärts, weicht direkt an die sozialdemokratischen Reichsminister und schreibt u. a., das Reich habe nichts getan, um die unbedenklichen Charakter der Vorgänge in Bayern abzuschwächen; dagegen solle jetzt in Sachsen mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die Möglichkeit einer Verständigung sei hier immer noch gegeben. Werde aber in der bisherigen Weise fortgeföhrt, so erreiche man nur, daß sich mit jedem Tage die Zahl der Sozialdemokraten vermehre, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sei. Der Sozialdemokratischen Partei dürfe nicht zugemutet werden, Dinge zu bedenken, die sie durchaus nicht beden könne.